

Aarau, 15. Mai 2023

Medienmitteilung zu den Abstimmungen vom 18. Juni 2023

ArbeitAargau für eine Ombudsstelle und mehr Klimaschutz im Aargau!

ArbeitAargau hat die Abstimmungsparolen für den 18. Juni 2023 gefasst und macht sich insbesondere für die Ombudsstelle, das Klimaschutzgesetz sowie die Aargauische Klimaschutzinitiative stark.

Der Vorstand von ArbeitAargau hat die Abstimmungsparolen für den 18. Juni 2023 gefasst und sagt auf nationaler Ebene „Nein“ zur Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen, „Ja“ zum Klimaschutzgesetz und „Ja“ zum Covid-19-Gesetz. Bei den kantonalen Vorlagen hat ArbeitAargau dreimal die Ja-Parole gefasst und setzt sich insbesondere für die Ombudsstelle und die Aargauische Klimaschutzinitiative ein.

ArbeitAargau befürwortet die Errichtung einer Ombudsstelle, welche als unabhängige und kostenlose Anlaufstelle für alle Bürger:innen im Kanton Aargau niederschwellig zugänglich ist und Anliegen abklärt oder bei Konflikten mit der Verwaltung vermittelt. Der Kanton zeigt sich damit nahbar, nimmt Fragen aus der Bevölkerung ernst und schafft dadurch mehr Vertrauen. Die Ombudsstelle entlastet auch zusätzlich die Verwaltung und Gerichte, indem viele Probleme bereits gelöst werden können, bevor eine langwierige und kostspielige Rechtsstreitigkeit ausbricht und ist somit ressourcenschonend.

Klimapolitik steht in engem Zusammenhang mit den Interessen der Arbeitnehmenden, denn diese sind in ihrem Arbeitsalltag direkt von den Folgen der Klimakrise betroffen: Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen geht weltweit Hand in Hand mit schlechten Arbeitsbedingungen und tiefen Löhnen. Deshalb macht sich ArbeitAargau stark für das Klimaschutzgesetz sowie die Aargauische Klimaschutzinitiative, weil endlich das Netto-Null-Ziel 2050 gesetzlich verankert und sinnvolle Massnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität ergriffen werden.

Bei Fragen steht Ihnen zur Verfügung:

Selina Egger, Geschäftsführerin ArbeitAargau, T. 062 834 94 40, selina.egger@arbeitsaargau.ch